

Ohne Mitbestimmung keine Demokratie

Demokratie ohne Wirtschaftsdemokratie gibt es nicht. So verlangt es – bezogen auf alle Bereiche unserer Gesellschaft – schon das Grundgesetz. Wer aber kritisch nachfragt, ob auch in Betrieben die Prinzipien der Demokratie angewandt werden, erhält in der Regel ein Nein zur Antwort. Die zaghaften Versuche des Gesetzgebers, Arbeitnehmer-Mitbestimmung zu ermöglichen, sind schon in der Vergangenheit auf empörte Ablehnung durch Unternehmer, Aktionäre und ihre Lobbyisten gestoßen. Und das Bemühen der Gewerkschaften, in Tarifverhandlungen Beteiligungsrechte für Arbeitnehmer durchzusetzen, ist grundsätzlich gescheitert.

Warum aber werden Arbeit und Kapital nicht gleich hoch geschätzt? Warum gilt deren Gleichberechtigung nicht als gerecht und notwendig? Warum lösen Forderungen zur Entwicklung einer demokratischen Wirtschaft Empörung und Widerstand aus? Sind denn Wissen und Fähigkeiten von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern weniger wert als das eingesetzte Kapital? Das sind rhetorische Fragen, gewiss; denn jeder weiß: Nur durch die Kompetenz und die Verantwortungsbereitschaft der Beschäftigten wird Wertschöpfung möglich!

Kapitalbesitzer und ihre Beauftragten entscheiden unabhängig und eigenmächtig, ob, wo, wie und womit sie Güter und Dienstleistungen produzieren lassen. Von dieser existentiellen Entscheidung für Staat und Gesellschaft sind Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gänzlich ausgeschlossen. Ein Unternehmen stellt nur dann Arbeitsplätze zur Verfügung, wenn durch den Einsatz von Arbeitnehmern das bereitgestellte Kapital eine möglichst hohe Rendite bringt. Die Beschäftigten sind lediglich Mittel zum Zweck. Menschen werden zur Kapitalverwertung benutzt - und niemand empört sich. Im Gegenteil: Politiker, Unternehmer, Manager und ihre wissenschaftlichen und publizistischen Hilfstruppen erregen sich über angebliches "Anspruchsdenken" der Arbeitnehmer, über die zu hohen Löhne, Gehälter und Renten, die "Tarifkartelle" und die maßlosen Gewerkschaften. Sie verlangen mehr Freiheit für den Kapitaleinsatz, weniger Rechte für Betriebsräte und Belegschaften und erpressen Staat und Gesellschaft – meistens durch Drohung mit Arbeitsplatzverlusten - mit ihrer Gier nach Profit. Demokratie? Mitbestimmung? Nein, "Freiheit statt Sozialismus!"

In betrieblichen Arbeitsbeziehungen werden hierarchische Strukturen weiterhin zementiert und Bürgerrechte missachtet. Betriebe erscheinen als "bürgerrechtsfreie Zonen". Zwar wird mit Hilfe von Gesetzen und Tarifverträgen positive Einflussnahme auf die Beziehung zwischen Beschäftigten und Unternehmern im Sinne von Mindeststandards für die Arbeitsbedingungen versucht; aber täglich machen Betriebsräte und Belegschaften die Erfahrung, dass Regeln nur eingehalten werden, wenn die davon betroffenen Arbeitnehmer ihre Rechte reklamieren. Jährlich dokumentieren Tausende von Arbeitsgerichtsprozessen, dass viele Unternehmer und deren Beauftragte nur schwer an Recht und Gesetz zu gewöhnen sind.

Es wird zwar oft von Sozialpartnerschaft geredet, aber kaum ein Vertreter der Kapitaleseite will seine Macht wirklich teilen. Ansätze einer beteiligungsorientierten Betriebspolitik der Geschäftsleitung werden häufig zur Entsolidarisierung der Belegschaft genutzt. Das hat mit Mitbestimmung nichts zu tun. Die Entscheidungsstrukturen in großen Unternehmen und Konzernen sind komplizierter geworden. Strategisch relevante Entscheidungen wurden zentralisiert und werden häufig gar nicht mehr in den Betrieben gefällt, die von den Auswirkungen betroffen sind. Eine wirksame Interessenvertretung der Beschäftigten wird vor diesem Hintergrund immer schwieriger.

Die fehlende Mitbestimmung in wirtschaftlichen Angelegenheiten benachteiligt die Arbeitnehmer erheblich. Das Eigentum an Produktionsmitteln darf die demokratischen Grundrechte der abhängig Beschäftigten nicht noch mehr einschränken. Deshalb müssen sich die Gewerkschaften künftig mit stärkerem Nachdruck für die Erweiterung der Arbeitnehmer-Mitbestimmung stark machen.

Die Gewerkschaften müssen die Debatte über eine Demokratisierung der Wirtschaft erneuern und eine Bewegung für erweiterte Bürgerrechte im Betrieb entwickeln. Sicherlich wird das Unternehmertum heftig protestieren und wieder einmal mit Standortverlagerungen ins Ausland drohen, also sein bereits bekanntes Erpressungspotenzial einsetzen. Aber wer vor der Macht der Konzerne und Kartelle kapituliert, wird nichts Entscheidendes mehr verändern. Das muss verhindert werden.

Franz Kersjes